



Für Frieden und Freiheit in Nahost Im Interesse beider Völker: Besatzung beenden

Überall in Deutschland gehen Menschen auf die Straße um sich mit dem palästinensischen Volk zu solidarisieren. Derweil stellt sich der Deutsche Staat auf die Seite des Israelischen Staats indem er unter anderem Rüstungsgüter nach Israel schickt, jeden denunziert der das nicht gut heisst und das Versammlungsrecht sowie die Meinungsfreiheit in Deutschland massiv einschränkt.

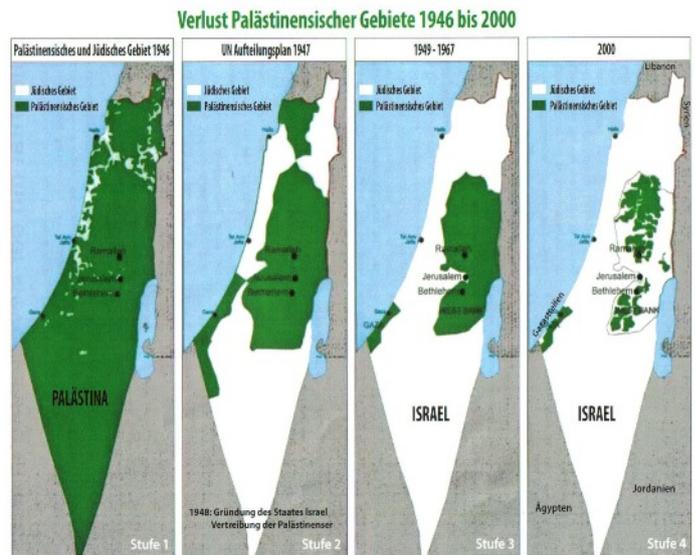
Der Konflikt existiert nicht erst seit Anfang Oktober.

In den Medien wird der aktuelle Konflikt ohne seine Vorgeschichte dargestellt und jede Kritik an der Besatzung wird direkt mit Antisemitismus gleichgesetzt. So werden die Wurzeln des Konfliktes bewusst verdrängt und die aktuellen Ereignisse verdreht dargestellt.

Jahrelang kämpfte die Bevölkerung des britischen Mandatsgebiets um die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht. 1947 wurde mit dem Teilungsplan der Vereinten Nationen die Unabhängigkeit eines jüdischen und eines arabischen Staates beschlossen.

Israel hat in den folgenden Jahren seinen Einflussbereich mit militärischen Mitteln und mit seiner illegalen Siedlungspolitik immer weiter ausgedehnt. Seit 1967 ist das Westjordanland von Israel völkerrechtswidrig besetzt. Hinzu kommt eine Vielzahl an illegalen und völkerrechtswidrigen Siedlungen, die seit 1967 errichtet

worden sind und in denen mittlerweile über eine halbe Million jüdische Siedler leben.



Heute werden über 2 Millionen Menschen in einem Freiluftgefängnis namens Gaza gefangen gehalten, das die UN schon länger als nicht bewohnbar einstuft.

Als Antwort auf den zu verurteilenden Angriff der Hamas und den Widerstand breiter Teile der Bevölkerung gegen diese Aggressionen, geht Israel nun mit aller Macht gegen die Palästinenser vor. Der Gaza-Streifen wurde komplett abgeriegelt, kein Wasser, Strom oder Nahrung. Es werden hunderte Tonnen Bomben abgeworfen, die Zahl ziviler Opfer steigt von Tag zu Tag.

„Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen!“

Benjamin Netanjahu, Israels Premierminister, 8.10.23

ViSdP: DKP Heidenheim, W. Benz

KSK: BIC: SOLADES1HDH

DE03 6325 0030 0000 4139 03

„Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“

Daniel Hagari, Sprecher der Israelischen Armee, 10.10.23



Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit sind Grundrechte!

Wir erleben aktuell, dass in etlichen Städten Demos und Kundgebungen verboten werden, die sich für Frieden im Nahen Osten einsetzen.

So sieht das vier Punkte Programm der CSU vor, dass es ohne Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, in Deutschland keinen Asyl- oder anderen Schutzstatus mehr geben soll. *"Wer gegen Israel hetzt, soll mit mindestens sechs Monaten Haft rechnen müssen, Antisemitismus soll dafür als besonders schwerer Fall der Volksverhetzung eingestuft werden"*, so ein CSU-Politiker und die deutsche Staatsbürgerschaft könne zudem nur erlangen, *"wer sich zum Existenzrecht Israels bekennt und erklärt"*.

Deutsche Interessen in Gaza

Währenddessen werden in einer Regierungserklärung im Bundestag weitere Verbote angekündigt. Wer den Terror der Hamas „verherrlicht“ macht sich strafbar.

Die Abgeordneten aller Parteien von DIE LINKE über CDU bis hin zur AfD sind sich einig und Applaudieren. Ein Bündnis von verschiedenen Jugendorganisationen (u.a. Grüne Jugend, Jusos etc.) fordert sogar die Schlies-

sung muslimischer Gemeindezentren. So wird die Unterstützung Israels zur Staatsräson. Seit längerer Zeit jedoch ist der israelische Staat einer der bedeutendsten Verbündeten des deutschen Imperialismus im Nahen Osten. Darüber hinaus exportieren die deutschen Waffenschmieden Kampfmittel und Fahrzeuge in Millionenhöhe nach Israel. Allein 2019 im Wert von 101 Millionen Euro.

Solidarität mit Palästina oder gar die Forderung nach einer friedlichen Lösung des Konflikts sind nicht gern gesehen und werden mit harten Repressionen bestraft.

Die Grundrechtsverletzungen auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind notwendig, damit kein anderes Bild zum Konflikt in Deutschland aufkommen und die Bundesregierung somit ihre Interessen weiterhin verfolgen kann. Verhandlungen und eine friedliche Lösung des Konflikts sind nicht im Interesse der Herrschenden, stattdessen wird weiter auf Eskalation und Aggression gesetzt.

Wir fordern:

**Sofortige Verhandlungen und das Ende der israelischen Besatzung!
Das Morden und die Blockade des Gazastreifens müssen sofort beendet werden!
Den Stopp deutscher Rüstungsexporte nach Israel!
Die Einhaltung der UN-Bestimmung, zwei Staatenlösung jetzt!
Keine Einschränkung des Meinungs- und Versammlungsrechts!**

